



- Befristung und Leiharbeit stoppen!
- Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!  
■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!  
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

**DIE LINKE.**



- Befristung und Leiharbeit stoppen!
- Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!  
■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!  
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

**DIE LINKE.**

# Mehr Personal in Bildung und Erziehung statt Schuldenbremse und Dauerstress.



Seit Anfang des Jahres verhandeln ver.di und GEW mit den kommunalen Arbeitgebern für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Erziehung, Kinderpflege und Sozialarbeit – bisher ohne Ergebnis. Deshalb sind die Beschäftigten nun in den Streik getreten, um ihren Forderungen nach angemessenem Lohn und mehr Anerkennung Nachdruck zu verleihen. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und unterstützt diesen Protest.

Die Arbeitsbedingungen in der Branche sind oft skandalös: Unterbesetzung, Befristungen, Überlastung und schlechte Bezahlung sind an der Tagesordnung. Das schlaucht die Beschäftigten, die trotz allem täglich gute Arbeit leisten – und es drückt auf die Qualität der Versorgung.

**Nur wenn Druck auf die Kommunen und die Bundesregierung gemacht wird, wird sich an der derzeitigen Situation etwas ändern. Geld ist genug da, es muss nur gerecht verteilt werden.**

■ Die Kassen der Kommunen wurden in den letzten Jahren systematisch geplündert. Den Kommunen wurden immer mehr Aufgaben aufgebürdet, zum Beispiel die Kosten für die Unterkunft für Erwerbslose oder Kita-Ausbau.

■ Die Reichen wurden immer stärker entlastet. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt und die Vermögensteuer abgeschafft. Das Geld fehlt nun in den öffentlichen Kassen.

■ Die Schuldenbremse verdonnert die Kommunen dazu, keine weiteren Kredite aufzunehmen – obwohl diese derzeit kaum Zinsen kosten. Volkswirtschaftlich ist das unsinnig.

**Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst verdienen unseren Respekt und unsere Solidarität. Gute Arbeit hat ihren Preis.**

**Das muss drin sein!**

## Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Aufwertung der sozialen Berufe jetzt! Für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten muss ausreichend Geld da sein.

■ Ausfinanzierung der öffentlichen Aufgaben! Kitas, Betreuungseinrichtungen und Jugendzentren sind ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft – sie müssen erhalten und ausgebaut werden.

■ Reiche und Konzerne besteuern! Mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer Erbschaftsteuer können die Mittel leicht bereitgestellt werden.

Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.

Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

## DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41  
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de  
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

# Mehr Personal in Bildung und Erziehung statt Schuldenbremse und Dauerstress.



Seit Anfang des Jahres verhandeln ver.di und GEW mit den kommunalen Arbeitgebern für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Erziehung, Kinderpflege und Sozialarbeit – bisher ohne Ergebnis. Deshalb sind die Beschäftigten nun in den Streik getreten, um ihren Forderungen nach angemessenem Lohn und mehr Anerkennung Nachdruck zu verleihen. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und unterstützt diesen Protest.

Die Arbeitsbedingungen in der Branche sind oft skandalös: Unterbesetzung, Befristungen, Überlastung und schlechte Bezahlung sind an der Tagesordnung. Das schlaucht die Beschäftigten, die trotz allem täglich gute Arbeit leisten – und es drückt auf die Qualität der Versorgung.

**Nur wenn Druck auf die Kommunen und die Bundesregierung gemacht wird, wird sich an der derzeitigen Situation etwas ändern. Geld ist genug da, es muss nur gerecht verteilt werden.**

■ Die Kassen der Kommunen wurden in den letzten Jahren systematisch geplündert. Den Kommunen wurden immer mehr Aufgaben aufgebürdet, zum Beispiel die Kosten für die Unterkunft für Erwerbslose oder Kita-Ausbau.

■ Die Reichen wurden immer stärker entlastet. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt und die Vermögensteuer abgeschafft. Das Geld fehlt nun in den öffentlichen Kassen.

■ Die Schuldenbremse verdonnert die Kommunen dazu, keine weiteren Kredite aufzunehmen – obwohl diese derzeit kaum Zinsen kosten. Volkswirtschaftlich ist das unsinnig.

**Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst verdienen unseren Respekt und unsere Solidarität. Gute Arbeit hat ihren Preis.**

**Das muss drin sein!**

## Deshalb fordert DIE LINKE:

■ Aufwertung der sozialen Berufe jetzt! Für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten muss ausreichend Geld da sein.

■ Ausfinanzierung der öffentlichen Aufgaben! Kitas, Betreuungseinrichtungen und Jugendzentren sind ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft – sie müssen erhalten und ausgebaut werden.

■ Reiche und Konzerne besteuern! Mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer Erbschaftsteuer können die Mittel leicht bereitgestellt werden.

Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.

Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

## DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41  
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de  
V.i.S.d.P. Matthias Höhn